

### Zusammenfassung der Gesundheitsdeputationssitzung vom 11.06.2013

Der Senator Dr. Herrmann Schulte-Sasse leitete die Sitzung damit ein, die Funktion der Deputationssitzung zu erläutern und dem Publikum zu erklären, welchen Einfluss die Behörde auf die Finanzgestaltung hat. Im Folgenden ging er darauf ein, dass „aus gesundheitspolitischer und persönlicher Sicht“ eigentlich alle noch vorhandenen Träger notwendig seien. Sie stünden vor der „Wahl zwischen Pest und Cholera“. Er sagte: „Eine vernünftige, sich aus sich selbst erklärende Kürzung ist im Gesundheitsressort eigentlich nicht mehr möglich.“ Im weiteren Verlauf der Sitzung deutete der Senator dann auch an, in welche Richtung seine Überlegungen gehen. „Ich kann zur Lösung meiner Probleme nicht in den Haushalt meiner Senatskollegen eingreifen. Ein solcher Ausgleich ist nur in der Bürgerschaft möglich.“ Er wies darauf hin, dass die Bedeutung des Rat & Tat – Zentrums auch für andere Ressorts erheblich sei. Der Senator machte keinen konkreten Vorschlag, er sagte nur: „Ich wünsche mir, dass eine Lösung gefunden wird und bin auch sehr optimistisch, dass dies möglich ist.“

Dr. Kirsten Kappert-Gonther, die Sprecherin für Gesundheitspolitik (Stadt) der Grünen, führte noch zur Erläuterung an, dass an dem heutigen Termin „der Haushaltsvorschlag zur Kenntnis genommen“ würde, „um dann in die Beratung zu gehen“. Es gäbe im Ressort Gesundheit noch sechs Zuwendungsempfänger, die nicht gesetzlich fest verankert seien und bei denen somit die Einsparung zu erzielen sei. Sie wies darauf hin, dass alle ja der Presse entnehmen konnten, dass die Koalitionsfraktionen eine vollständige Streichung so nicht akzeptieren könnten, sie aber auch nur die zwei Möglichkeiten sehe, entweder „Umschichtungen innerhalb von Gesundheit“ vorzunehmen oder eine „Mischfinanzierung verschiedener Ressorts“ zu organisieren. Ihr Hinweis, der sinngemäß sagte, dass der Bereich AIDS ja auch ohnehin nicht mehr die Relevanz von früher habe, im Gegensatz zum Thema Homophobie, blieb in den späteren Erwiderungen nicht unkommentiert.

Für die Linksfraktion stellte Claudia Bernhard klar, dass eine Streichung des Rat & Tat – Zentrums für sie nicht in Frage käme. Darüber hinaus würde ohnehin generell zu wenig Geld in Frauenprojekte investiert, zu denen ja auch viele im Bereich Gesundheit zählten. Sie wies auch auf die Gesamtverantwortung Bremens für die geförderten Projekte hin.

Für die CDU sprach zunächst der gesundheitspolitische Sprecher Rainer Bensch. Er beklagte beim Senator, dass er „aus der Zeitung von der Streichung erfahren“ habe und sagte dazu: „Die Deputation wurde vor vollendete Tatsachen gestellt. Wir konnten zur geplanten Streichung des Rat & Tat – Zentrums gar nicht mahnend die Hand heben.“ Der Senator erläuterte daraufhin sein Vorgehen, zunächst die Institution informiert zu haben. Des

Weiteren bat Herr Bensch „um Erklärung, warum das Rat & Tat – Zentrum ab 2014 gestrichen wird und in 2015 die Kürzungen in der ambulanten Drogenhilfe“ anfallen. Er machte stattdessen den Vorschlag zu prüfen, ob man nicht innerhalb des Ressorts Personalmittel kürzen könne und dafür „Zuwendungen für die freien Träger zumindest in dieser Höhe erhalten“ könne.

Claas Rohmeyer, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, forderte den Senator auf: „152.000 Euro, das muss doch auch in ihren Eckwerten möglich sein!“. Er gab an, dass er bereits damals in den Beratungen zur Streichung der AIDS-Hilfe Bremen anwesend gewesen sei. „Es hat damals die Zusage gegeben, nach der Kürzung der AIDS-Hilfe, das Rat & Tat – Zentrum als vertrauensvollen Ansprechpartner zu erhalten.“ Er forderte die Behörde auf zu prüfen, was es kosten würde, wenn die „zweifelloso notwendige Präventionsarbeit im Bereich AIDS“ vom Gesundheitsamt übernommen würde. Er ließ aber keinen Zweifel daran, dass er dies für die weit teurere Lösung hält.

In der Anhörung der Zuschauer arbeitete Barbara Schön im Namen des Beirates Mitte sehr fundiert heraus, welche Bedeutung das Rat & Tat – Zentrum für den Stadtteil und ganz Bremen habe. „Wir halten die Verbindung von Öffentlichkeitsarbeit und Beratung für unabdingbar.“ „Das Rat & Tat – Zentrum hat immer schon eine ganz zentrale Aufgabe in der AIDS-Prävention wahrgenommen.“ Der Beirat befürchte, dass einzigartige Kompetenzen, die in 30 Jahren Arbeit erworben wurden, der Stadt für immer verloren gehen könnten. Sie schloss mit dem Hinweis, dass dies die Stellungnahme aller im Beirat vertretenen Fraktionen sei. Großer Applaus seitens der Zuhörer und einiger Deputierter unterstrich die Zustimmung zu dieser Position.

Für das Rat & Tat – Zentrum erläuterte Reiner Neumann dann den Zuhörern die besondere Bedeutung der Beratungsstelle, nicht zuletzt auch für den gesamten Großraum Bremen. Diese Untermauerung der vorangegangenen Positionen zu einem kompletten Erhalt der Beratungsstelle wurde ebenfalls mit lautem Beifall der Anwesenden bedacht.

Sehr positiv wirkte auch die Geschlossenheit der anwesenden Träger. So bekundeten auch die beiden Frauengesundheitsprojekte, die selber ebenfalls eigentlich unterfinanziert seien, dass man sich mit dem Rat & Tat – Zentrum solidarisiere und eine Kürzung oder gar Streichung keines der Träger hinnehmen könne. Hier sei die Behörde zu kreativeren Lösungen aufgerufen.

Insgesamt konnten wir auf der Deputationssitzung einen großen Rückhalt in der Hinsicht erfahren, dass niemand die grundsätzliche Notwendigkeit der Arbeit in Frage stellt. Hier herrschte Einigkeit über alle Parteigrenzen hinweg. Einen konkreten Plan, woher nun die Mittel für den Erhalt der Beratungsstelle in Zukunft kommen können, entwickelte man dort jedoch nicht. Das Verfahren sah nur vor, dass die Deputierten den Haushaltsentwurf für 2014/15 der Behörde „zur Kenntnis nehmen“. Dies ist nunmehr erfolgt.

Die Gesundheitsdeputation tagt das nächste Mal im September. Die Entscheidung über den Doppelhaushalt 2014/2015 fällt dann in der Bürgerschaft im November.